L-1-195: Das Beste für Berlin: Klimaschutz, der wirkt

Antragsteller*innen Christian Fink (KV Berlin-Mitte)

Von Zeile 194 bis 195 einfügen:

konsequent verfolgt werden, müssen dies auch in die Vertragsgestaltung mit den Geschäftsführenden einfließen.

Klimaschutz im öffentlichen Vergabewesen
Das Berliner Vergaberecht berücksichtigt bereits ökologische und soziale Kriterien. Wir wollen es konsequent weiterentwickeln zu einem klimaneutralen Vergaberecht.

Nach dem Vorbild des britischen National Health Service soll der Senat für das öffentliche Vergabe- wesen das klare Ziel formulieren, dass Berlin ab dem Jahr 2030 nur noch Dienstleistungen und Produkte von Unternehmen beschafft, die in ihrer gesamten Wertschöpfungskette (Scope 1-3) klimaneutral sind gem. einer etablierten Definition (bspw. der Science Based Targets initiative). Die Vermeidung von Emissionen muss bei diesen Lieferanten im Vordergrund stehen; eine Kompensation dürfen diese nur für unvermeidbare Restemissionen (max. 5%) nutzen. Dieses Kriterium der Klimaneutralität von Lieferanten und Dienstleistern soll ab 2023 in allen Vergabeverfahren berücksichtigt werden und in der Gewichtung jedes Jahr erhöht werden, bis es 2030 zur Muss-Anforderung wird.

Sollte es sich abzeichnen, dass zu beschaffende Produkte, Dienstleistungen oder anbietende Unter- nehmen noch nicht den Anforderungen des Landes an den Klimaschutz entsprechen, soll das Land mit den anbietenden Organisationen in den Dialog gehen. Hier gilt es in Abstimmung mit anderen Akteur*innen der öffentlichen Hand durch Bündelung der Nachfrage sicherzustellen, dass die entsprechenden Produkte und Dienstleistungen im Markt verfügbar werden bzw. die Anbieter entsprechende Maßnahmen für den Klimaschutz ergreifen, wie dies erfolgreich bereits bei der Beschaffung von Bussen durch die BVG praktiziert wurde.

Begründung
Dieser ÄA stammt aus dem Antrag für die LDK “Wirksamer Klimaschutz in Berlin - verbindlich, zielgerichtet, transparent”, den die KMV des Bezirks Mitte auf Initiative der AG Energie am 11. Oktober 2022 gefasst hat.

Statt den Antrag des KV konkurrierend zum Leitantrag Klimaschutz einzubringen, haben wir uns entschieden, beide miteinander abzugleichen und den Leitantrag um Inhalte aus dem Beschluss des Kreisverbandes zu ergänzen, um eine starke geeinte Erklärung der Grünen in Berlin zu erreichen.
Zu diesem ÄA:
Jährlich gibt das Land Berlin fünf Millarden Euro für Produkte und Dienstleistungen aus und ist damit Berlins größter Auftraggeber (Öffentliche Beschaffung (bund-berlin.de)). Diesen Hebel gilt es zu nutzen, um die Klimaneutralität im Land und darüber hinaus voranzutreiben.

Unterstützer*innen

Tobias Schreiner (KV Berlin-Mitte), Louis Jarvers (KV Berlin-Mitte), Taylan Kurt (KV Berlin-Mitte), Madlen Ehrlich (KV Berlin-Mitte), Susanne Litzel (KV Berlin-Mitte), Ferdinand Müller (KV Berlin-Mitte), Birgit Janecek (KV Berlin-Mitte), Susanne Sachtleber (KV Berlin-Mitte)